

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 7. November 1860.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---|
| 1. Mittheilung des Senats vom 28. September d. J. sub Nr. 2. | 5. Mittheilung des Senats vom 19. October d. J. |
| 2. Mittheilung des Senats vom 3. October d. J. sub Nr. 2. | 6. Mittheilung des Senats vom 26. October d. J. |
| 3. Mittheilung des Senats vom 12. October d. J. | 7. Mittheilung des Senats vom 2. November d. J. |
| 4. Mittheilungen des Senats vom 17. und 29. October d. J. | |

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Herr Präsident zeigte zunächst an, daß gegen das Protokoll der letzten Versammlung keine Reclamation eingegangen sei, weshalb er dasselbe für genehmigt erkläre.

Hierauf folgte die Verlesung der Tagesordnung und es wurde zur Berathung von Nr. 1 derselben

Mittheilung des Senats vom 28. September d. J.,

2. die Benützung des Bahnhofsareals nordwärts des Torfbassins und die Errichtung von Beamtenwohnungen betreffend,

geschritten.

Herr Präsident recapitulirte die in dieser Sache gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse.

Herr H. H. Schröder: Er ergreife hauptsächlich das Wort einer Aeußerung wegen, die in voriger Sitzung gemacht und welche es in Zweifel erscheinen ließ, ob nicht auch technische Bedenken gegen den Bau der Häuser auf dem vorgeschlagenen Grunde obwalten. Darauf habe er zu erwidern, daß schon im März vorigen Jahres dieser Boden gründlich untersucht worden sei. Man habe eine ziemliche Anzahl tiefer Löcher gegraben, bis man auf die Sandschichten gekom-

men sei. Er selbst habe sich überzeugt, daß diese Arbeiten ausgeführt wurden, indessen habe er zum Ueberflus den Baudirector schriftlich aufgefordert, ihm über den Befund Mittheilung zu machen.

Der Redner reichte diesen Bericht dem Präsidio ein und es wurde derselbe von dem Schriftführer Herrn Dr. Friedr. Meier wie folgt verlesen:

Herrn H. H. Schröder

Wohlgeboren.

„Auf Ihre geehrte Anfrage, in welcher Weise die Fundirung der beantragten kleinen Beamtenwohnungen am Torfbassin projectirt sei, habe ich Folgendes ergebenst zu erwidern.

Vor Anfertigung der Projecte ist der Baugrund, wie es immer geschieht, durch eine Anzahl von Nachgrabungen sorgfältig untersucht worden und haben sich folgende Erdschichten als Durchschnittseresultat herausgestellt:

- 1) 2 Fuß vermischte Erde, Humus und dergleichen,
- 2) 1 1/2 Fuß blauer Thon,
- 3) 3 Fuß Torf.

Hiernach liegt der gewachsene Sand und gute Baugrund durchschnittlich 6 1/2 Fuß unter dem Maisfelde. Nach meinem Vorschlage soll, wie auch aus der der

Deputation überreichten Zeichnung zu ersehen ist, der schlechte Boden ausgehoben und die Grube bis zur Straßenhöhe mit reinem Sande aufgefüllt und geschemmt werden.

Durch dieses Verfahren wird dreierlei erreicht. Zunächst wird der, viele vegetabilische und verweste Theile und somit Aufsteckungsstoff für Schwamm enthaltende Boden weit von den Gebäuden entfernt und zur Aufhöhung der Straßen zc., wo er nicht schaden kann, benützt; dann wird ein vortrefflicher Baugrund, wie er sich am Bahnhofe, wo dasselbe Verfahren angewandt ist, seit 15 Jahren bewährt hat, gewonnen und endlich werden die Fundirungskosten auf ein Minimum reducirt, weil nur die Aushebungskosten, nicht aber die Kosten für Sandlieferung in Anrechnung zu bringen sind, und die Fundirung im Mauerwerk nicht stärker gemacht zu werden braucht, als es die Solidität der Gebäude durchaus verlangt.

Die in Vorstehendem bezeichneten Bau- und Erdarbeiten sind in den Anschlägen speciell aufgeführt und berechnet.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet

Ihr ergebener

Bremen, den 6. Nov. 1860. A. Schröder.

Herr H. H. Schröder: Die Herren sehen, daß von der Deputation alle nöthige Vorsicht gebraucht worden sei und man also in dieser Hinsicht sich vollkommen beruhigen könne. Er wolle sich nicht weiter über die Sache verbreiten, indessen darauf müsse er doch noch aufmerksam machen, wie sehr es im Staatsinteresse sei, daß die Beamten in der Nähe des Bahnhofes wohnen. Der Verkehr sei in dem Maße gestiegen, die Güterzüge werden in solcher Länge expedirt, die ankommenden Züge vermehren sich so sehr, daß immer zwei bis drei Locomotiven zur Expedition eines Güterzuges notwendig seien und die Güter ein bis zwei Nächte im Schoppen liegen bleiben. Wenn einmal ein Brandunglück entstände und die Beamten wären nicht schnell bei der Hand, so wäre, ehe die Sprühenmannschaft sich einstellte, der größte Theil des Schoppens vernichtet. Die Beamten wissen am Besten, wo brennbare Materialien lagern und können daher die schnellste Hilfe bringen, wenn sie in der Nähe wohnen. Der Staat habe zur Hälfte für den Brandschaden aufzukommen; es sei allerdings eine Versicherung darauf genommen worden, allein bei dem jetzigen Zunehmen des Verkehrs glaube er kaum, daß diese vollständig genügen werde. Man müsse den theoretischen Standpunkt etwas beseitigen und vom praktischen aus fragen: was ist im Interesse des Betriebs? können die Beamten zu rechter Zeit am Plage sein, wenn sie so weit ab wohnen? Er wolle keine einzelnen Fälle anführen, allein die Leute wohnen bis nach der Krankenanstalt und bei einer Arbeitspause Mittags von 1 1/2 Stunden bleibe ihnen also sehr wenig Zeit übrig, während Der, welcher von Morgens bis spät Abends arbeiten solle, doch auch etwas Ruhe genießen müsse.

Herr Engelb. Klugliff: Er müsse bei der Beleuchtung der vorliegenden Frage auf den Standpunkt der Commission zurückgehen, welche sich erlaubt habe, der Bürgerschaft

ihre Zweifel in dieser Sache auszudrücken. Diefelbe habe auch schon damals anerkannt, daß ein Bedürfnis, für diese Beamten Wohnungen zu schaffen, vorliege, auch beantragt, daß die Bürgerschaft ihre Bereitwilligkeit ausdrücke; demselben irgendwie abzuhelfen, das heißt, seitens des Staats dazu mitzuwirken, nur nicht in der Weise, daß derselbe als Unternehmer der Bauten aufträte. Von dem Antrage der Commission wurde damals der Schlusssatz, daß die Eisenbahn-deputation ermächtigt werden solle, die Erdarbeiten behufs Aufhöhung des Grundes vorzunehmen, abgelehnt und der Deputationsbericht einfach abgewiesen. Was nun der positive Theil der Meinung der Bürgerschaft sei, habe der Verfasser des jetzigen Berichts sonach nicht ersehen können. Indessen habe er doch wohl die Verhandlung der Bürgerschaft vor Augen gehabt, denn der Bericht habe außer den früheren Argumenten nur das hervorgehoben, daß ein Privatunternehmer nicht würde bestehen können. In Folge der vielen Verhandlungen werden manche Mitglieder sich die Verlickheit befehen und über die Schwierigkeiten des Baues vergewissert haben. Er habe sich überzeugt, daß die Zweifel, ob es räthlich sei, daß der Staat diese Bauten unternehme, vielfach geheilt werden. Zuerst möchte es unsern Nachbarn ein böses Beispiel abgeben, wenn Bremen seinerseits Opfer für die gemeinschaftlich angestellten und unter der Betriebsdirection der hannoverschen Regierung stehenden Eisenbahnbeamten brächte. Das möchte besonders im Blick auf die Bremerhavener Bahn ein übler Vorgang sein, woran Hannover vielleicht Geschmack fände. Bei einer andern Frage, der Vertiefung der Weser, habe Hannover immer zurückgehalten und keine Opfer bringen wollen, und wenn nicht Andere Bremen halfen, würde es sich darauf beschränkt haben, daß Bremen aus seinem eigenen Beutel diesen gleich drückenden Uebelständen abhelfe. Ein zweites Bedenken sei, daß der Staat als Bau- und Vermietungsunternehmer aufträte. Im Berichte sei gesagt, der Privatmann würde verdienen wollen. Derselbe leibe seine ersten Gelder zu 3 1/2 pCt. und bekomme auch das letzte Geld zu 4 pCt., wenn er Freunde habe. Der Staat bekomme die Gelder zu zu 4 1/2 pCt. pro 96 oder 97, siehe sich also hinsichtlich des Baucapitals bedeutend schlechter. Wenn der Grund überhaupt etwas koste, so müsse er auch hier in Anschlag gebracht werden, ferner auch die Grundsteuer, die Erleuchtungssteuer, die Versicherung. Wenn man ferner die Rechnungsführer der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen frage, höre man oft die bittersten Klagen über die außerordentliche Höhe der Unterhaltungskosten der öffentlichen Gebäude. Das liege einmal darin, daß die Bewohner der Staatsgebäude, wie überhaupt aller verwalteten Häuser, dem großen Beutel gegenüber höhere Anforderungen stellen, zweitens darin, daß der Staat alle Kosten und Reparaturen von Bauten theurer bezahle und daß dabei öfter mancherlei Verschwenkungen vorkommen, weil sich das nicht so controlliren lasse, wie der Einzelne es thue. Auch möge man noch bezweifeln, ob die Bahnbeamten immer geneigt sein werden, dahin zu ziehen, auch wenn sie statt bisher 50 *Rg* nur 40 oder 45 *Rg* zahlen sollen, da doch Manche vorziehen werden, unter ihrer bisherigen Nachbarschaft zu bleiben. Wäre dieses aber der Fall, so würde dieser ganze neue Stadttheil lediglich von Eisenbahnbeamten bewohnt sein, was den Vetheiligten wohl auch nicht recht wäre und wobei sich dann der Staat ver-

anlaßt sehen würde, dafür zu sorgen, daß noch andere Häuser von Andern bezogen würden. Endlich komme die Beschaffenheit des Baugrundes in Betracht. Herr Schröder habe in dieser Beziehung eine weitere Beurtheilung des Herrn Baudirectors beigebracht, welche er seinerseits nicht in Zweifel ziehen dürfe. Allein schon die Commission habe durch ihre technischen Mitglieder vor dem bedenklichen Grunde gewarnt. Es sei bekannt, daß jene ganze Gegend unten eine Moorschicht habe, welche mithin ausgegraben werden müsse. Also die Straßen nicht bloß, sondern der Baugrund der Mauern müsse auf aufzuschüttendem Sande angelegt werden. Dieses sei Alles zu beschaffen, allein es mache die Baukosten so viel theurer und es wäre nur die Erbauung zweistöckiger Häuser gerechtfertigt. Davon könnte er viele Beispiele aus der Erfahrung bei öffentlichen und Privatbauten hieselbst anführen. Somit können diese Häuser, wenn sie ihre Kosten decken sollen, nur zu einem viel höheren Preis als im Bericht veranschlagt, vermietet werden, wenn der Staat nicht große Opfer bringen sollte. Wenn dagegen der Staat sich entschloße, den Grund zu einem guten Baugrund umzuschaffen, so würde sich vielleicht unter seiner Unterstützung ein Bauunternehmer finden, welcher dazwischen erforderliche Häuser herstellte. Er müsse fürchten, daß die von ihm bevorwortete Weigerung, auf den Bericht einzugehen, als eine Verschleppung angesehen werde, wenn er nicht folgende Mittheilung beifüge, wobei er den Herren überlassen müsse, wie weit sie auf sein Wort in dieser Beziehung vertrauen wollen. Es sei nämlich im Werk und werde ohne Zweifel ausgerichtet werden, daß ein Verein sich gründe und bereit erkläre, die Bauten zu unternehmen, wenn eine zweckmäßige Verständigung mit dem Staate erreicht werden könne. Der Verein werde auf jeglichen Nutzen verzichten und nur eine mäßige Zinse in Anspruch nehmen, wozu Capitalien sonst nicht zu bekommen seien. Wenn es nun aber einem solchen Vereine nicht gelänge, so würde es ein Privatmann noch weniger können und dann würde man sehen, daß das Opfer so groß wäre, daß der Staat es nicht bringen könne. In der That könne die Bürgerschaft nicht zu dem Anfange eines Baues Ja sagen und ruhig gewärtigen, welche Nachbewilligungen demnächst kommen werden. Sie könnte es nur, wenn glaubwürdige Berechnungen und Contracte vorlägen, welche es möglich machen, die Bauten billig herzustellen. Er habe nun den eben entwickelten Ansichten gemäß eine Antwort entworfen. Dieselbe sei ausführlich, wegen der verschiedenen in Betracht kommenden Punkte und weil auch der Bericht seine Anträge ausführlich motivirt habe:

Den weiteren Bericht der Eisenbahn-Deputation vom 13. September 1860 hat die Bürgerschaft einer sorgfältigen Prüfung unterzogen, sich aber, trotz ihrer Würdigung des im Bericht hervorgehobenen Bedürfnisses, Miethwohnungen in der Nähe des Bahnhofes für die auf demselben beschäftigten Beamten zu haben, nicht von der Nothwendigkeit zu überzeugen vermocht, den Staat für dessen Befriedigung eintreten zu lassen. —

Es erscheint ihr nicht allein ein bedenkliches, leicht zu Consequenzen führendes Beispiel zu sein, wenn der Bremische Staat anfangen wollte, für Beamte der

mit dem Nachbar gemeinschaftlichen, und unter dessen Betriebsdirection stehenden Bahn, einseitig Opfer zu bringen; sondern sie kann sich auch nicht damit befremden, daß der Staat, um eines solchen Zweckes willen, von dem unzweifelhaft richtigen Grundsatz abweichen sollte, nicht selbst als Bau- und Vermietungsunternehmer aufzutreten.

Abgesehen von den Opfern, welche die, für den Staat jetzt nur zu hohen Zinsen anzuschaffenden Baucapitalien, so wie die, für Staatsrechnung immer sehr kostspielige Unterhaltung der Wohnungen erheischen würden; und abgesehen von der Frage, ob ein Zwang zum Beziehen dieser Wohnungen möglich oder räthlich sei, muß die Bürgerschaft die Nichtigkeit einer Maßregel in Zweifel ziehen, in Folge deren ein abgelegener ganz isolirter Stadttheil vielleicht auf längere Zeit hin, ausschließlich von Beamten der Eisenbahn bewohnt sein würde.

Endlich lassen die Schwierigkeiten, welche die, vielleicht kaum zu umgehende Beseitigung der in jener Gegend durchgängig zu vermuthenden Moorschicht für die dort zu errichtenden Straßen und Bauten darbieten dürften, einen wesentlich höheren Kostenbetrag für die projectirten Wohnungen befürchten, als in dem Bericht vom 24. April veranschlagt ist.

Wenn die Bürgerschaft daher auch gern bereit ist, die Erreichung des von der Deputation beabsichtigten Zwecks in jeder thunlich erscheinenden Weise fördern zu helfen, so muß sie sich doch wiederholt gegen ein derartiges Unternehmen seitens des Staats erklären. — Sie ersucht vielmehr die Eisenbahn-Deputation, darüber zu berathen und zu berichten.

wie dies bezeichnete Areal — etwa mittelst Aufhebung des Moorgrundes, Aufhöhung durch Sand und Anlage gepflasterter Straßen — zu einem brauchbaren Baugrunde umgeschaffen, auch mittelst einer bei Ueberschwemmungen freibleibenden Straße in gesicherte Verbindung mit dem Bahnhofe und der Stadt zu bringen, und in welcher Weise alsdann die Errichtung geeigneter Wohnungen für Eisenbahnbeamte und andere Bewohner durch Privatunternehmer zu veranlassen sei. —

Es würde allerdings eines Damms bedürfen, um bei Deichbrüchen vor Ueberschwemmungen zu sichern und diesen neuprojectirten Stadttheil mit dem Bahnhofe nicht allein, sondern auch für den Verkehr der Familien mit der Stadt in eine gesicherte Verbindung zu bringen.

Herr Johs. Köning: Es sollte ihm sehr leid thun, wenn die Bürgerschaft diesen Gegenstand abermals ablehnen wollte. Herr Kluglist habe in vielfacher Beziehung ungegründete Bedenken vorgebracht. Derselbe weise auf Hannover hin. Die Beziehungen zu Hannover kommen hier aber gar nicht in Betracht. Bremen habe über den Bahnhof und sein Areal allein zu verfügen und es werde sich Hannover nicht darin einmischen, wie Bremen für Beamte, welche Tag und Nacht hier thätig seien, billige Wohnungen schaffe. Herr

Klugkist spreche von muthmaßlichem Moorgrunde; es sei aber untersucht, daß es derselbe Grund sei, worauf die Bahnhofsgebäude stehen. Auf eben dem Grunde wolle man jetzt viele Wohnungen und Straßen anlegen. Brechen die Hummedeiche, so könne der Bahnhof eben so gut unter Wasser kommen, wie dieses Areal. Die Technik sei so weit vorgeschritten, daß man solide Bauten auch auf einem Grunde herstellen könnte, welcher von Natur nicht so fest sei. Die Behauptung, der Staat dürfe nicht Speculant sein, sei das letzte Mal bereits widerlegt: der Staat müßte erst Ländereien, den Weinkeller u. s. w. verkaufen, wenn er dies nicht sein wolle. Auch sei zu berücksichtigen, daß, wenn der Staat erst diese Gebäude errichtet habe, sicher viele Privatbauten hinzukommen werden, Handwerker werden sich ansiedeln, es werde auf diese Weise eine neue Ortschaft entstehen und so werde der Staat den Grund, welcher jetzt nichts werth sei, mit erheblichem Profit veräußern. Die Aussicht auf eine Steigerung der Miethe sei bei der Herstellung der Beamten-Wohnungen durch einen Privatunternehmer nicht zu beseitigen. Hoffentlich haben die Herren nicht bloß den Grund geprüft, sondern auch die vielen Beamten gefragt. Sie werden dann gehört haben, daß diese Leute sehr wünschen, neben dem Bahnhofe zu wohnen, um zu Hülfleistungen bei der Hand zu sein. Der Deputation seien die Beamten in Menge mit Beschwerden gekommen. Herr Klugkist habe endlich erwähnt, daß die Beamten gern 10 Thaler mehr geben werden, um unter ihren bisherigen Nachbarn zu bleiben, allein die Leute seien nicht so gestellt, um so viel wegwerfen zu können. Er bitte die Bürgerschaft alles unparteiisch zu erwägen.

Herr Ruyter: Die hauptsächlichste Frage müsse doch immer bleiben, ob es ein dringendes Bedürfnis sei, solche Wohnungen zu beschaffen. Dies sei früher bereits nachgewiesen und werde auch heute nicht geleugnet. Niemand bezweifle es. Besonders hinsichtlich der Handarbeiter, welche sehr früh da sein müssen und eine lange Arbeitszeit haben, erheische das Verkehrsinteresse die gewünschten Wohnungen in der Nähe des Bahnhofs. Die Leute wohnen aber jetzt größtentheils weit entfernt, indem die billigen Wohnungen mehr verschwinden und größere Bauten an die Stelle treten. Alle werden eine Abhilfe des Bedürfnisses wünschen und es frage sich nur, wie? Von einigen Seiten eröffne man die Aussicht, daß es im Privatwege geschehen könne. Wenn dieses erreichbar wäre, so würde er es entschieden vorziehen, allein es sei sehr wenig Aussicht dafür, daß auf diese Weise dem Bedürfnisse entsprochen werde. Von Privatunternehmern, welche auf Gewinn ausgehen, könne man nimmer erwarten, daß sie im vorliegenden Falle Dasjenige leisten, was der Staat leisten würde. Daß ein Verein sich bilde, um aus patriotischen Rücksichten die Sache in die Hand zu nehmen, sei möglich, aber nicht wahrscheinlich. Auch wäre es kaum gerechtfertigt, den Gemeinfinn in einem Falle in Anspruch zu nehmen, wo es sich nicht um Wohlthätigkeitszwecke, sondern um Interessen des Eisenbahnverkehrs handle und wo der Staat zur Ausbülfe bereit sei, ohne daß es ihm selbst Opfer koste. Mindestens seien diese Opfer problematisch. Der Baugrund habe, sowie er da sei, keinen Werth. Das einzige Opfer des Staats sei, daß er ihn herbeigebe. Denn das zu verwendende Baucapital solle mit 5 pCt.

ausschließlich der Unterhaltungskosten durch die Miethe verzinst werden. Darauf gehen die Deputationsvorschläge, welche für die Deputation bindend seien. Diefelbe dürfe das Geld nicht anderweitig verwenden und die Häuser nicht billiger vermietthen. Der Betrag, welcher für Instandsetzung des Plages, die Straßenanlage u. s. w. zu verausgaben sei, werde voraussichtlich reiche Zinsen tragen, indem dadurch ein veräußerliches werthvolles Areal geschaffen werde, welches später sicher zum Verkauf komme. Man finde bei jeder Sache sowohl Licht- als Schattenseiten. Wolle man sich bloß an die Schattenseiten halten, dann könne man überhaupt nichts annehmen. Der Einwurf: es sei nicht zu verantworten, daß der Staat Bauunternehmer würde, sei sowohl durch die letzten Beratungen als durch den zweiten Deputationsbericht völlig beseitigt. Es handle sich hier vielmehr um eine Ausdehnung, eine Fortsetzung des Bahnhofsunternehmens. Hätte man diesen Grundlag aufrecht erhalten wollen, so dürfte man überhaupt den Bahnhof nicht für alleinige Rechnung bauen, denn da seien bereits viele Wohnungen zu einem mäßigen Zins vermiethet. War aber das recht, daß man für die Verkehrsinteressen ein solches Opfer brachte, dann könnte man aus demselben Grunde jetzt auch billige Wohnungen für die Eisenbahnbeamten schaffen. Welche Consequenzen könnte das haben! Man sage, Hannover kann uns dann viel abverlangen, allein Bremen müsse dies doch erst bewilligen. Diese Anlage geschehe nicht aus Rücksicht auf Hannover, sondern für den eignen Vortheil, welchen man doch wahren müsse. Hinsichtlich des Baugrundes wüsse man dem Gutachten des Technikers vertrauen und wenn man eine Ausgabe überall nicht beschließen wollte, weil es möglich sei, daß später neue Bewilligungen verlangt werden, so dürfe man überhaupt gar keine solchen Unternehmungen beschließen. Man habe ferner gesagt, es könnte einmal der Fall eintreten, daß die neuanzulegende Straße nur von Eisenbahnbeamten bewohnt werde; was wäre das aber für ein Unglück? Es wäre ja gut, wenn alle Eisenbahnbeamten gleich zur Hand wären. Ueberdem führe der Bericht aus, daß sich höchst wahrscheinlich dann auf der Insel Höker und Krämer, überhaupt Leute des kleinen Betriebes, welche ein Interesse daran haben, in der Nähe von Consumenten zu wohnen, auf der Insel ansiedeln werden, besonders wenn die Wohnungen gesund und gut angelegt seien. Endlich sage man, der Staat baue theurer. Es lasse sich nicht verkennen, daß darin etwas Wahres liege. Allein dieser Uebelstand sei nicht zu beseitigen und bei der Frage, ob etwas Wünschenswerthes, Vortheilhaftes, Nothwendiges ins Werk geführt werden solle, von keinem Gewicht. Bremen habe in der letzten Zeit in Verkehrseinrichtungen große Fortschritte gemacht und hier wollte man plötzlich still stehen und Gespenster sehen, ohne daß ein Anlaß dazu wäre? Stillstand sei der Anfang des Rückgangs, könne man beweisen, daß dasjenige, was der Staat in seinem Interesse anstrebe, auch auf andere Weise erreicht werden könne, könne man Garantien dafür bieten, daß die billigen Miethepreise nicht bloß für wenige Jahre, für ein Jahrzehnt, für die Lebenszeit eines Unternehmers, sondern für die Dauer gelten, dann werde er die desfallsigen Vorschläge mit Freuden unterstützen. Jetzt aber unterstütze er den Bericht und zwar schlage er folgende Erklärung vor, wodurch die Bürgerschaft das Abgehen von ihrem früheren Beschlusse motivire:

Daß es im Interesse des Eisenbahn-Verkehrs wünschenswerth sei, wenn die am Bahnhofe beschäftigten Beamten und Angestellten in der Nähe desselben wohnen, erkennt die Bürgerschaft in vollem Maße an.

Sie lehnte dennoch in ihrer Sitzung vom 10. Juli d. J. die Anträge der Deputation ab, von dem Grundsatz ausgehend, daß der Staat sich möglichst wenig mit eigenen Unternehmungen zu befassen habe, und in der Erwartung, daß durch erleichternde Bedingungen bei Ueberlassung des in Rede stehenden Areals die Privatspeculation zur Erreichung und Sicherstellung des angedeuteten Zwecks herangezogen werden könne. Nach dem nunmehr die Deputation berichtet, daß sie nach reiflicher Ueberlegung sich überzeugt habe, daß die Erlangung billiger Mietwohnungen in der Nähe des Bahnhofs für Eisenbahn-Beamte durch Privat-Unternehmer nicht zu erreichen sei, ertheilt die Bürgerschaft, sofern sich doch nicht noch andere Auswege, auf denen das vorgesezte Ziel zu erreichen, darbieten sollten, dem Vorschlag der Eisenbahndeputation vom 24. April d. J. sub. 1 bis 6 ihre Zustimmung und bewilligt die dazu erforderlichen Gelder:

- | | |
|--|--------------------------|
| a. Für Instandsetzung des Platzes <i>cc.</i> angetragener
Maßen circa | 13,400 <i>R</i> |
| b. Für Erbauung von 36 Häusern circa | 31,800 <i>R</i> |
| | Zusammen 45,200 <i>R</i> |

auf den Fond für außerordentliche Verwendungen.

Er mache noch darauf aufmerksam, daß, wenn die Bürgerschaft diesen Antrag annehme, und sich in den nächsten Wochen die Aussicht realisirte, welche der Bürgerschaft vorher in einem Bilde gezeigt worden sei, die Deputation noch immer gehalten wäre, auf desfallsige Anträge einzugehen.

Herr Präsident: Er verstehe den Antrag des Herrn Kuyter so, daß derselbe mit den Deputationsanträgen conform sei und nur eine Fassung enthalte, wie die Bürgerschaft auf diese Anträge eingehend sich erklären solle.

Herr Kuyter bestätigte dieses. Es bestehe nur der Unterschied, daß in seinem Antrage noch die Worte eingeschaltet seien, „sofern sich doch nicht noch“ u. s. w.

Herr Präsident: Zur Beseitigung von Mißverständnissen bemerke er schon jetzt, daß bei der Abstimmung zuerst der Antrag der Deputation, sodann event. die von Herrn Kuyter vorgeschlagene Fassung zur Frage zu stellen sei.

Herr Dunze: Es seien wohl Wenige, welche es nicht für wünschenswerth halten, daß in der Nähe des Bahnhofs Wohnungen für Eisenbahnbeamte errichtet würden. Herr Schröder wünsche, daß man sich an die practische Seite halte, und diesem Rathe wolle er folgen. Da würde er es nun völlig consequent finden, wenn man für die Consumtionsbeamten, ferner für die Polizeibeamten, welche in bestimmten Stadtvierteln wohnen sollen, auch Wohnungen herstellte. Allein er glaube, die Eisenbahndeputation hätte selbst practischer zu Werke gehen können, wenn sie ein Verfahren eingeleitet

hätte, wie es die Zollbeamten am Wahrthurm eingeschlagen haben. Diese haben auch Wohnungen gewünscht, sie haben sich an einen Bauunternehmer gewandt, Risse machen lassen und über die Miethe verhandelt. Sie seien mit ihm einig geworden und der Bau werde noch in diesem Winter, sobald die Grunderwerbung regulirt sei, beginnen. Auf diese Weise hätte die Eisenbahndeputation auch die Sache auffassen, sie hätte Bauunternehmer fragen sollen, ob sie sich nicht bereit erklärten. Statt dessen habe sie vielmehr diese Leute kopscheu gemacht. Einer von ihnen habe geäußert, er wünsche, daß diese Debatte bald zu Ende käme, er hätte große Lust, da Häuser zu bauen, indessen habe er bisher wenig Courage gehabt, nachzufragen, weil er sehe, daß die Eisenbahndeputation selbst bauen wolle. Er schlage folgenden Beschluß vor:

Die Bürgerschaft kann sich mit den Anträgen der Eisenbahndeputation nicht einverstanden erklären, sie ersucht indessen dieselbe, dahin zu wirken, daß zu dem angeregten Zweck passende Gebäude von Privatunternehmern auf dem fraglichen Terrain hergestellt werden und wird ihrerseits gern die Hand dazu bieten.

Wenn die Eisenbahndeputation rasch ans Werk gehe, können sich, noch ehe die Häuser am Markt wegen des Wörtenbaues abgebrochen werden, schon Leute gefunden haben. Dann würde man auch wahrscheinlich die 13000 *R* für die Erhöhung des Terrains nicht auszugeben brauchen, indem die Leute dann froh sein werden, wenn sie wissen, wohin sie das Baumaterial, Schutt u. s. w. bringen können.

Herr Synd. Dr. v. Lengerke: Das Bedürfnis sei gewiß der Kernpunkt der Frage; das habe auch die Deputation hervorgehoben; sie habe indeß in dem ersten Bericht daneben noch andere Gesichtspunkte aufgestellt: daß nämlich der Staat, indem er diese Häuser baue, kein Opfer bringe, sondern möglicherweise sogar ein Geschäft mache. Wenn erst einige Häuser gebaut seien, würden sich andere Anbauer leicht finden, ja der Staat könnte, nachdem er auf diese Weise den Grund gut verwerthet habe, später seine Häuser wieder mit Vortheil verkaufen. Die Deputation hätte vielleicht besser gethan, diese Rücksichten nicht mit geltend zu machen, denn sie habe dadurch dem Einwande Raum gegeben, als ob sie den Staat zum Bauunternehmer machen wolle. Das thue hier der Staat keineswegs, vielmehr Sorge er nur für die Wohnungen seiner Beamten, woran es jetzt fehle. Herr Kluglitz behaupte nun doch, daß der Staat Opfer bringen müsse und gehe dabei so weit, daß er die von dem ersten Baubeamten gefertigten Anschläge für nicht zutreffend erkläre. So lange aber nicht der Gegenbeweis geliefert sei, daß diese Anschläge unrichtig, so lange müsse man sie für richtig gelten lassen. Herr Kluglitz meine ferner, daß es sich nicht empfehle, Opfer für Beamte zu bringen, welche nicht einmal Bremische seien. Dem sei aber nicht so, diese Beamten seien Bremische Beamte, daß sie zugleich von Hannover mit angestellt werden, mache nichts aus, die Bahn sei im Bremischen Interesse gebaut, im Interesse Bremens wirken die Leute. Daß sie mit für Hannover wirken, verringere das Bremische Interesse nicht. Bremen habe auf dem Bahnhofe schon für verschiedene gemeinschaftliche Beamte Wohnungen hergestellt. Hätte man damals das Bedürfnis vorhergesehen, dann würde man gleich

mehr Wohnungen errichtet haben. Daß ein bloßer Privat-speculant diese Bauten nicht so herstellen könne und werde, wie es der Staat verlangen könne, sei in dem zweiten Bericht nachgewiesen. Allein die Frage sei: existire ein solcher Verein? (Das Wort des Herrn Klugkist in Ehren). Können sich nicht Hindernisse der Constituirung eines solchen Vereins entgegenstellen? Gesezt aber, er existire, werde der Verein gerade auf einem solchen Plage solche Wohnungen herstellen, wie es das Interesse des Eisenbahnwesens erfordere? Wenn diese Frage problematisch sei, so scheinen ihm diejenigen, welche mit der Aussicht auf den Verein die Bürgerschaft veranlassen wollen, heute die Deputationsanträge abzulehnen, eine große Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. Komme der Verein nicht zu Stande, oder baue er diese Wohnungen nicht, dann habe die Bürgerschaft die Sache zweimal abgelehnt, zum dritten Mal könnte die Deputation nicht kommen und die dringend notwendige Abhülfe könnte nicht erfolgen. Von den verschiedenen, in der früheren Debatte hervorgehobenen Bedenken wolle er namentlich eines noch beleuchten. Es sei nämlich erwähnt worden, daß wenn der Mietzins der Gebäude, so wie sie veranschlagt, gleich 5% des Baucapitals sein solle, die Häuser nicht 40 \mathcal{R} , sondern mehr Miethe geben müßten. Die Berechnung sei aber von jenem Herrn so gemacht worden, als ob die Kosten der gesammten Aufböhung, Umwallung u. s. w. des ganzen Terrains sämmtlich zu dem Baucapital dieser 36 Häuser zu schlagen seien. Das sei aber natürlich nicht richtig. Das Areal dieser Häuser sei nur $\frac{1}{4}$ des ganzen Areals und mithin seien jene Kosten nur zum 6ten Theil auf diese Anlage zu belassen. Dann stelle sich aber die Sache so, daß von den kleinern Häusern nur 43 \mathcal{R} Miethe genommen zu werden brauchten, um das Baucapital mit 5% zu verzinsen. Er empfehle die Deputationsanträge.

Herr H. S. Schröder: Wenn er noch einmal das Wort ergreife, so geschehe es zunächst um darauf aufmerksam zu machen, daß der Antrag des Herrn Klugkist, so wie er abgefaßt sei, unmöglich angenommen werden könne. Die Bürgerschaft würde dadurch Zweifel in die Fähigkeit unseres Baubeamten aussprechen, einen solchen Bau gehörig berechnen zu können. Worauf stütze sich die Behauptung, daß die Anlage mehr kosten sollte? Das Project sei nicht in der Eile entstanden, sondern schon drei Jahr im Gange. Sollte nicht in der Zeit ein einfacher Kostenanschlag richtig gemacht werden können? Dieses Terrain sei dem im Pagenthorner Felde und an der Chaussee, wo jetzt neue Straßen angelegt werden sollen, gleich und hier stehen die Häuser überall gut und fest. Sollte ein erfahrener Mann, wie Herr Baudirector Schröder, nicht wissen, was er zu thun habe? Herr Klugkist meine, die Unterhaltungskosten würden dem Staat theurer zu stehen kommen als einem Privaten, das könne er in diesem Falle in Abrede stellen, weil die Eisenbahndeputation mit ihren Mietheleuten einen klaren Vertrag habe, gleichlautend demjenigen, welcher sonst hier gebräuchlich sei. Darnach erhalte der Vermiether das Haus in Dach und Fach, ferner den äußern Anstrich; für das Innere habe der Miethe mann zu sorgen. So liegen die Contracte vor und sämmtliche Mietheleute haben sie unterzeichnet. Sodann sei gesagt, die Beamten wohnen da allein, während sie doch lieber unter Bekannten wohnen. Diese Aeußerung komme aus dem Munde eines sehr begüterten

Mannes. Leute aber, die 200 bis 300 \mathcal{R} Courant einnehmen, sehen nicht auf solche kleine Annehmlichkeiten, wenn sie auf der andern Seite 5 oder 10 \mathcal{R} weniger auszugeben brauchen. Die Sicherheit, nicht umziehen zu müssen, die gemüthlich einfache Einrichtung ihrer Wohnung, sei den Leuten eine weit größere Annehmlichkeit und sie haben alle ihre große Bereitwilligkeit ausgesprochen, in die projectirte neue Straße überzusiedeln. Bezüglich der Befürchtung wegen Störung der Communication mit dem Bahnhofe durch Ueberschwemmungen bemerke er, daß nach den Einrichtungen des neuen Deichverbands ein Deichbruch nicht so leicht zu erwarten sei; sollte aber für kurze Zeit die Umgebung der Insel einmal unter Wasser gesetzt werden, so lasse sich leicht durch eine Lauf- oder Schiffsbrücke Abhülfe schaffen. Die Leute können auch beim Terpentinelager herunkommen. Im Uebrigen sei es wünschenswerth, daß die Beamtenwohnungen etwas abgesondert liegen. Was den Verein betreffe, so habe er denjenigen zwei Herren, welche sich so lebhaft für die Anlage kleiner Miethewohnungen interessiren, Vorschläge gemacht. Er habe denselben persönlich versichert, daß die Deputation durchaus keinen Werth darauf lege, die Anlage selbst zu machen, im Gegentheil, wenn sie ihrerseits dem Bedürfniß entsprechen wollten, würde die Deputation gern bereit sein, die Miethebeträge zu garantiren. Er habe die Herren ferner gebeten, ihm auf dem Areal, was sie jetzt im Auge haben, vorläufig 30 Wohnungen frei zu halten. Darauf sei ihm die Erwiderung geworden: das sei wohl zu berücksichtigen. Was die Bemerkung des Herrn Dunke angehe, so sei allerdings ein Gebot gekommen und wahrscheinlich von demselben Herrn, welchen Herr Dunke erwähnte, indem derselbe auch die Absicht gehabt habe, die demnächst von dem Börsengrund zu verkaufenden Materialien dabei zu benutzen. Dieser Herr habe ein Gebot von 300 \mathcal{R} für den Morgen gemacht; das sei nicht einmal 1 \mathcal{R} für den Quadratfuß! Wenn der Bauunternehmer wolle, könne er die Miethe steigern, im Todesfall könnte eine Erbschaftstheilung eintreten; dann wäre das Areal vererbt und man wäre gerade so weit, wie vorher. Gerade die Commissionsberatungen haben zur Genüge gezeigt, wie dringend nothwendig die Sache sei. Die Herren haben die Sache seitdem ruhen lassen, jetzt, in der letzten Stunde, werde von einigen Herren erklärt, daß ein Verein zur Beschaffung dieser Wohnungen in der Bildung begriffen sei. Er seinerseits höre hier das erste Wort davon. Als Rechnungsführer der Deputation, welcher den Bericht zu vertreten habe, müßte er doch einige Kunde davon haben. Ihm sei aber in keiner Weise etwas von der Entstehung eines solchen Vereins bekannt. Definitiv könne die Bürgerschaft den Bericht doch nicht ablehnen, denn ein drittes Mal könne die Deputation nicht kommen.

Herr Richter Klugkist: Man habe die Sache so dargestellt, als ob der Antrag des Herrn Klugkist eine directe Ablehnung des ganzen Deputationsvorschlages sei. Das sei aber nicht der Fall, die Deputation könne im Gegentheil darnach unter Umständen auch zum drittenmal mit ähnlichen Vorschlägen kommen und Herr Klugkist verlange selbst weiteren Bericht in seinem Antrag. Daß die Sache so eilig sei, um nicht erst diesen nothwendigen und erspriechlichen Bericht entgegennehmen zu können, das vermöge er nicht zu finden.

Bereits 3 Jahre habe die Sache im Schooße der Deputation gerührt, inzwischen habe sich das Bedürfnis immer mehr geltend gemacht und endlich zu diesen Anträgen geführt. Heute und morgen werde die Abhilfe nicht geschehen können. Die Bürgerschaft solle die Hand dazu bieten, den Beamten ein Soulagement für ihre Wohnungen zu gewähren, weil Hannover sich nicht herbeilassen wolle, die notwendige Erhöhung der Gehalte zu bewilligen. Gern gebe er zu, daß diese Maßregel im Interesse Bremens liege, allein andererseits sei es wie schon erwähnt, ein gefährliches Präcedens und man müsse wohl bedenken, wie leicht Hannover für die Folge in einem ähnlichen Falle geneigt sein werde, Bremen in eine ähnliche Lage zu versetzen. Er frage, ob die Sache in dem Maße klar und dringend sei, daß man sich dennoch heute schon entscheiden könne. Wäre es nicht besser, erst einen Bericht abzuwarten, ob nicht Abhilfe auf andere Weise beschafft werden könnte? Dabei bleibe die Sache unberührt. So groß sei das Bedürfnis nicht, daß die Geldfrage darüber vernachlässigt werden könne. Vorhin sei nun in einem Athem gesagt, ein Privatunternehmer könne mit Aussicht auf Nutzen die Sache nicht anfangen, dagegen könne der Staat, welcher mehrere der Vortheile des Privaten nicht habe, mit Nutzen die Sache in die Hand nehmen. Allein wenn der Staat Nutzen machen könne, so würde dieses einem Privaten noch viel eher möglich sein. Ferner habe man gesagt, die Risse des Baudirectors seien von Herrn Klugkist nicht anerkannt worden. Dem sei nicht so: Herr Klugkist habe nur ausgeführt, daß Dasjenige, was in den bisherigen Projecten von Seiten der Baubeamten begutachtet worden, nicht genügend sei, vielmehr seien noch verschiedene andere Factoren mit in Rechnung zu ziehen, wodurch sich die Sache anders stelle. Dieses sei aber nicht widerlegt. Was nun das Freibleiben dieses Areals von Wasser angehe, so glaube er nicht, daß durch das Geseß wegen der Deichverbände einem jeden Deichbruch für die Zukunft vorgebeugt sei: wenn die Verhältnisse darnach seien, werde man auch wieder Deichbrüche sehen. Für solche Fälle also müsse man dieses Areal in eine gewisse Verbindung mit dem Bahnhofe und der Stadt bringen. Ob man dann auf einer Schiffbrücke an die Stadt kommen könne, das gebe er anheim. Er erkläre sich wiederholt für den Antrag des Herrn Klugkist.

Herr Archivar Dr. Meinerzhagen war ebenfalls für diesen Antrag. Da das Wünschenswerthe der Wohnungen für diese Beamten allgemein anerkannt sei, so werde es sich nur um die Frage handeln, auf welche zweckmäßige Weise demselben Befriedigung geschaffen werden könne und eine weitere Frage, sei dann, ob der von der Deputation vorgeschlagene Weg unbedenklich sei oder ob es möglich, das Ziel auf eine bessere Weise zu erreichen. Die Bedenken gegen den von der Deputation vorgeschlagenen Weg seien mehrfach geschildert und sicher baue der Staat theurer, wenn er statt 100 pCt. 98 pCt. bekomme und dafür $4\frac{1}{2}$ R. Zinsen gebe, während ein Privatmann volle 100 für $3\frac{1}{2}$ R. bekomme. Die Opfer, welche für diese gemeinschaftlich Angestellten gebracht werden sollen, liegen in den 13500 R., von deren Ertrag keine Rede sei und welche zur Hälfte unmittelbar für die hannoverschen Beamten verwendet werden sollen. Von der Wahrscheinlichkeit der theureren Unterhaltung für den Staat wolle er absehen, weil darüber wohl kein Zweifel obwalte:

alle, welche darin erfahren wären, bestätigen dieses. Die Vertheidiger des Deputationsvorschlages seien nun aber gewiß darin zu weit gegangen, daß sie gesagt haben: wir wollen noch gern warten, wenn man uns garantirt, daß die Sache auch wirklich von Privatleuten in die Hand genommen wird. Allein es könne ja für ein bloßes Aufschieben nicht darauf ankommen, daß diese Art der Ausführung ganz gesichert sei, sondern darauf, ob dieses ganz unmöglich sei. Niemand werde dies aber behaupten wollen, vielmehr sei einige Wahrscheinlichkeit für diesen Weg vorhanden. Man sage endlich: die Bürgerschaft muß sich jetzt entscheiden, denn zum dritten Male kann die Deputation nicht kommen. Dies treffe auch nicht zu, denn die Deputation müsse jedenfalls auch nach dem Antrag des Herrn Klugkist wieder Bericht erstatten. Wenn die Verhandlungen, sei es mit einem Privatunternehmer, sei es mit einem Verein, gescheitert sein werden, liegen die Verhältnisse anders und es wäre der Ehre der Deputation und ihrer Consequenz in keiner Weise zu nahe, wenn sie dann wieder käme und sagte: wir haben die gewünschten Versuche gemacht, sie sind aber gescheitert, erkennt es jetzt an, daß ihr das Bedürfnis hinsichtlich der Wohnungen selbst befriedigen müßt. Was nun das verlesene Gutachten des Herrn Baudirector Schröder angehe, so lag dieses früher nicht vor, sondern es war nur der Bericht der Deputation da; mithin war es wohl statthast, daß die Commission nach Rücksprache mit Sachverständigen, welche das Terrain untersucht hatten; bescheiden mit Bedenken in dieser Beziehung hervortrat. Durch das verlesene Gutachten sei nun dieser Punkt erledigt. Herr Klugkist werde daher vielleicht diese Stelle aus seinem Antrage streichen.

Herr H. H. Meier: Ueber das dringende Bedürfnis, geeignete Wohnungen für die Eisenbahnbeamten zu schaffen, sei kein Zweifel, nur über die Wege zu diesem Ziel geben die Ansichten auseinander. Es seien deren drei: von Staatswegen, durch einen Privatunternehmer oder durch eine patriotische Baugesellschaft die Anlage herzustellen. Die principiellen Bedenken gegen den ersten Weg theile er durchaus, allein es sei kein solches Princip, wovon nicht abzugeben wäre, wenn überwiegende Zweckmäßigkeitsgründe dafür seien und solche liegen hier vor. Bei einem Privaten könnte das Bedürfnis nur für eine gewisse Zeit Befriedigung finden, selbst angenommen, daß es gelänge, über alle Bedingungen einig zu werden. Nach einem Duzend Jahren also, wenn der Contract abgelaufen wäre, würde man in derselben Lage sein, wie jetzt. Dieser Weg empfehle sich also nicht. Nun sei in Aussicht gestellt, daß eine patriotische Baugesellschaft die Anlage herstellen werde, indem sie dabei auf jeden Nutzen verzichte. Eine solche Gesellschaft würde allerdings mehr Gewähr für die Dauer bieten, indessen eine unbedingte Gewähr biete sie auch nicht. Er würde es übrigens bedauern, wenn eine solche Gesellschaft, — deren Inlebensretzen nach Analogie ähnlicher Gesellschaften auch er wünsche, weil sie hier ein weites Feld der Wirksamkeit haben würde, — ihre Kräfte auf ein solches Unternehmen richtete und darin absorbirte. Es bleibe der Staat übrig. Wiederholt sei hervorgehoben, der Staat solle kein Bauunternehmer sein, indessen habe derselbe doch die Eisenbahn gebaut. Er gebe ferner schon jetzt Zoll- und Eisenbahnbeamten im Bahnhofs Wohnung.

Finanziellen Nutzen werde der Staat allerdings von der Sache wohl nicht haben und theile er die Ansicht, daß der Bau und die Unterhaltung dem Staate theurer zu stehen kommen werden, als einem Privatmann, indessen auch die Opfer des Staats dürften sehr unerheblich sein. Man müsse aber auch noch Anderes erwägen. Die Gehalte der Beamten, welche nach Bremen versetzt werden, seien nach allgemeinen Kategorien festgesetzt, während in Bremen das Leben theurer sei als in einer anderen Stadt. Eine solche indirecte Unterstützung seitens unseres Staats würde einen guten Eindruck auf die Beamten machen, welche in mancherlei Weise den Verkehr fördern können. Diese Rücksicht sei für ihn von großer Bedeutung und in dieser Erwägung stimme er trotz der sonstigen mannichfachen Bedenken für die Deputationsanträge. Das Bedürfnis werde übrigens mit der Zeit immer dringlicher werden, denn die Eisenbahn nach Geestmünde werde hoffentlich nächstes Jahr fertig und dann wachse die Zahl der Beamten noch um ein Bedeutendes. Er bitte sonach, die principiellen Bedenken in dieser Frage fallen zu lassen, sich an die Zweckmäßigkeitsgründe zu halten und die Deputationsanträge anzunehmen.

Herr Dr. Pauli beantragte Schluß der Verhandlung.

Herr Präsident verlas die Namen derjenigen, welche sich noch zum Worte gemeldet hatten.

Herr Dr. Delriß's erbat sich noch zu einer factischen Bemerkung das Wort.

Herr Präsident: Nach der Geschäftsordnung könne er hierzu das Wort ertheilen.

Herr Dr. Delriß's: In diesen Tagen sei in seinem Zimmer ein Kaufcontract in Betreff der Bluhm'schen Plantage abgeschlossen worden zu dem Zweck, um eine Straße hindurch zu legen, welche, da sie 1000 Fuß lang sei, auf jeder Seite 50 Wohnhäuser enthalten würde. Diese Straße würde gerade durch nach der Hempstraße zu führen sein und es werde wahrscheinlich nicht fehlen, daß dieses große Areal bis zur Hempstraße gleichfalls mit Wohnungen bebaut würde. Im Uebrigen dürfe er sich nicht weiter erklären; das aber, daß der Vertrag sicher sei, könne er als Notar sagen, in seinem Hause seien die gehörigen Geldzahlungen bereits gemacht.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Herr Präsident ordnete die Reihenfolge der Anträge zur Abstimmung: in erster Linie stehe der Deputationsantrag, wenn dieser angenommen, würde der Antrag des Herrn Nuyter als Fassung desselben folgen, im andern Falle würde der Antrag des Herrn Eng. Klugfist und endlich eventuell der Antrag des Herrn Dunge zur Abstimmung kommen.

Herr Dr. Pauli: Würde nicht vor dem Bericht der Deputation der Antrag des Herrn Nuyter zur Abstimmung kommen müssen, welcher gewissermaßen als ein Amendement dazu zu betrachten wäre? Man könne doch für den Antrag des Herrn Nuyter sein und gegen die einfache Annahme der Deputationsanträge.

Herr Präsident: Er habe vorhin Herrn Nuyter laut gefragt, ob er seinen Antrag einfach als Fassung der Deputationsanträge ansehe, worauf Herr Nuyter zustimmend geantwortet habe.

Herr Dr. Pauli: Es sei eine Stelle in dem Antrag, welcher ihn nicht in diesem Lichte erscheinen lasse.

Herr Präsident: Es sei nicht mehr zu ändern.

Bei der Abstimmung wurden die Deputationsanträge abgelehnt, wonach der Antrag des Herrn Nuyter nicht mehr in Betracht kam; der Antrag des Herrn Klugfist wurde angenommen und war damit der Antrag des Herrn Dunge erledigt.

Nr. 2 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 3. October 1860.

c. Zusatz-Hebereinkunft zu dem am 29. April 1851 zwischen den Hansestädten und dem Königreiche Sardinien geschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrage.

Herr Nuyter: Die Handelskammer habe diesen Vertrag geprüft und ihn befriedigend für die Bremischen Interessen gefunden. Die Hansestädte nehmen Theil an den Vergünstigungen, welche Preußen und dem Zollverein gewährt seien. Nicht gering anzuschlagen sei namentlich die Vergünstigung der freien Küstenschiffahrt bei Vereinigung Italiens zu einem Königreiche unter Sardinien's Scepter, da Fahrten von Genua nach Livorno und Neapel mitunter wohl von Bremischen Schiffen gemacht werden mögen. Die Gegenleistung sei zur Zeit illusorisch, da gegenwärtig Seide von Sardinien nach Bremen nicht eingeführt werde.

Der Antrag des Senats auf Genehmigung des Vertrags wurde angenommen.

Nr. 3 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 12. October d. J.

Die Gegenstände unter 1—5 waren erledigt.

6. Revision der Reichordnung.

Herr J. H. Smit beantragte

Aussetzung dieses Gegenstandes für heute.

Herr Rösing schloß sich diesem Antrage an. Der landwirthschaftliche Verein werde hoffentlich diese Sache in die Hand nehmen.

Die Aussetzung wurde beliebt.

7. Verlängerung des Osterdeiches.

Herr Helmken: In der letzteren Zeit seien so mannichfaltige Andeutungen über die Lage der Verhandlungen in Betreff des Osterdeichs in den öffentlichen Blättern erfolgt und namentlich dabei die Privatinteressen der Anwohner so stark hervorgehoben, daß die Deputation sich zu diesem Be-

nicht entschlossen habe, um der Bürgerschaft klare Einsicht in den Stand der Angelegenheit zu verschaffen. Bekanntlich verabredete im Jahre 1858 die Deputation mit den Herren Nienbrück und Schröder, sowie mit dem Herrn Egestorff Verträge, wovon die beiden ersteren genehmigt wurden, während man den letzteren ablehnte, hauptsächlich deshalb, weil Herr Egestorff sich nicht dazu bequemen wollte, den Deich und sein Vorland als Staatseigenthum anzuerkennen. Es wurde die jetzt berichtende Deputation erwählt und die Verhandlungen gingen ihren Gang weiter, leider! aber ohne besseren Erfolg. Zwar erlangte es die Deputation, daß Herr Egestorff den Deich hergeben wollte, derselbe nahm indessen die Zusage wegen eines Beitrags von 2000 \mathcal{R} zurück. Allerdings ging er anfänglich auf 500 \mathcal{R} ein, indessen diese fielen wiederum weg und die Verhandlungen mußten abgebrochen werden. Nun haben sich einige dabei interessirte Anwohner bereit erklärt, als Mittelspersonen die Verhandlungen in Betreff Egestorff's wieder aufzunehmen, und insofern sei ein bedeutender Schritt vorwärts gehen, als die Herren Nienbrück und Bredehorst sich erboten haben, durch Reducirung der Beiträge von Nienbrück und Schröder gemeinschaftlich für Egestorff zu interveniren und dessen Antheil bis zum halben Betrag der Kosten zu zahlen, das Vorland aber nicht herzugeben. Die Bürgerschaft beschloß nun am 15. December 1858 ausdrücklich: „Es erscheint ihr durchaus erforderlich, daß ein theilweise auf Staatskosten errichteter Deich, durch welchen die anliegenden Grundstücke bedeutend an Werth gewinnen, namentlich wenn derselbe, wie im vorliegenden Falle, als Straße dienen soll, in seiner ganzen ununterbrochenen Länge nebst seinem Vorlande auch Staatseigenthum werden müsse.“ Dieser Punct war nicht zu erreichen und die Deputation habe geglaubt, denselben vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft aufgeben zu können, wenn sie dafür etwas Anderes erziele. Mit den Anwohnern oberhalb Egestorff's sei man so ziemlich in Ordnung, obgleich mehrere derselben zu Protocoll erklärt haben, daß sie sich nur in dem Falle gebunden hielten, daß der ganze Deich bis zum Altenwall als Straße durchgeführt werde. Dieses liege aber in weiter Ferne, so daß, wenn man jetzt selbst mit Egestorff ein Abkommen träfe, die Andern wieder sagen könnten: eine theilweise Vollenkung kann uns nicht passen. Die Hauptdifferenz mit Egestorff sei die Verbreiterung der Deichstraße. Dieselbe sei da, wo sie am engsten sei, 22 Fuß, verbreitere sich aber bei Egestorff's Erbe auf 35 Fuß. Egestorff solle sein Vorland als Privatkauf behalten (bis jetzt habe derselbe einen Privatweg neben dem öffentlichen Wege hin, und beide zusammen haben eine Breite von 35 Fuß). Die Deputation habe nun geglaubt, wenigstens diese Straße, welche zu einem Privat- und zu einem öffentlichen Kai führe, auf 30 Fuß verbreitern zu müssen. Sie verlangte daher die Abtretung von ca. 8 Fuß von Egestorff. Daran seien die Verhandlungen mit dem Herrn gescheitert. Was die Anwohner nach unten angehe, so seien auch mit diesen vielfache Versuche gemacht. Herr Mutenberg scheine selbst noch nicht recht zu wissen, was er wolle, auch verlangte derselbe eine Aenderung in der Deichlinie, ein Vorschlag, den die Wasserbaubehörde verwarf. Die andern Anwohner, Dreper und Geißler Wwe., scheinen gar keine Neigung zu Verträgen zu haben oder würden wenigstens unverhältnißmäßige Opfer verlangen. Die ersten Verträge mit

1860

Poppe und Depken, jetzt Wätjen und Plump lauteten ganz anders. Die Anwohner traten das Vorland dabei ganz ab, sie gaben von ihrem Privateigenthum ferner auch das Land für eine Zuführungsstraße her und traten selbst in der Bleicherstraße mit ihren Erben zurück, gaben auch einen Beitrag über die Hälfte der Staatskosten aus. Die Deputation habe möglichst dieses Princip festgehalten, habe aber davon abweichen müssen und man sei nun dahin gekommen, daß die Anwohner die halben Kosten zahlen, welche der Staat habe. Ganz sei dies auch nicht durchzuführen, indem die in der Gegend des Erbes von Frese Wohnenden so unbedeutend gewinnen, daß hinsichtlich derselben eine weitere Reducirung eintreten müsse; alle andern gewinnen aber so viel, und der Beitrag, welchen sie leisten sollen, sei so gering, daß es in der That zu verwundern sei, daß die Leute ihren eignen Vortheil nicht besser verstehen. Die Deputation habe sich aber veranlaßt gesehen, die Sache der Wahrheit gemäß der Bürgerschaft mitzutheilen. Glaube aber die Bürgerschaft, die Verhandlungen seien nicht recht geführt, es hätte dieses oder jenes nicht verlangt werden müssen, die Anlage sei unter jeder Bedingung fertig zu machen, so erwarte die Deputation, daß die Bürgerschaft sich offen darüber ausspreche und ihr event. ein anderes Commissorium ertheile. Die Deputation bezweifle aber nicht, daß durch eine größere Nachgiebigkeit gegen Egestorff auch die Ansprüche der Andern sich steigern werden, und so würde die Bürgerschaft gewiß einen die Sache wirklich fördernden Entschluß fassen, wenn sie den Anträgen der Deputation zustimmte. Die Gefahren des Hochwassers seien jetzt so ziemlich beseitigt, besonders durch die bedeutende Verbesserung bei dem Meybohm'schen Erbe: da wo der Deich früher am schwächsten war, sei er jetzt am stärksten. Im Uebrigen habe die Strompolizei auch die Befugniß zu besonderen Vorschriften.

Herr Ordemann: Die Bürgerschaft müsse jedenfalls der Deputation für die ausführliche Darlegung des Standes der Sache nur dankbar sein. Wenn dieselbe aber annehme, daß durch die Anlage vor dem Bredehorst'schen Grundstück die Wassergefahr beseitigt und ein absolut gefahrloser Zustand geschaffen sei, so könne man diese Ansicht nicht theilen. Es sei dieses allerdings die gefährlichste Stelle, allein noch in der Nähe bei Frese's Erbe und weiter hinauf sei die Gefahr fast eben so groß. Niemand werde eine Garantie in dieser Beziehung übernehmen wollen, eben so wenig wie die Bewohner der östlichen Vorstadt an eine völlige Sicherstellung glauben werden. Die Deputation habe einen ausführlichen Bericht über die Schwierigkeiten erstattet, welche sich der Fortführung des Osterdeichs entgegenstellen. Der Kernpunkt des Ganzen sei aber nur die Fortführung der Deichstraße in 22füßiger Breite bis zur Weser. Die Deputation sage selbst in ihrem Bericht: „Die Deputation muß daher von ihrem Standpunkte aus sowohl die Abweichung von den übrigens streng eingehaltenen principiellen Bedingungen der Theilnahme des Staats an der Anlage des Osterdeichs, als die Zumuthung noch weiterer vom Staate zu bringender Opfer für unthunlich halten, obwohl es nach dem Gesagten auf der Hand liegt, daß im Wesentlichen lediglich durch die gedachten, seitens des Staats nicht zu erfüllenden Anforderungen von J. E. Egestorff die Ausführung der Anlage des

49

Osterdeichs mindestens von Frefse bis Ofenbrück vereitelt wird.“ Herr Helmken habe schon angeführt, daß zwei Anwohner, die Herren Ofenbrück und Bredehorst die Differenzpunkte ausgleichen wollten. Wenn Herr Helmken von Bedingungen spreche, welche andere Anwohner zu Protokoll gegeben hätten, habe er im Berichte nichts bemerkt. Die Bedenken also erscheinen jedenfalls als beseitigt, wenn die Herren Bredehorst und Ofenbrück das erfüllen, wozu sie sich anheißig gemacht haben. Die Deichstraße sei allerdings der einzige Abfuhrweg für die am Pünkendeich gelöschten Baumaterialien, und da sich der Verkehr hier concentrirte, müsse eine möglichst große Breite gewünscht werden. Die Breite von 35 Fuß entspreche aber nur dadurch, daß sich das Egestorff'sche Haus etwas abschräge, sonst sei die Straße nur 22 Fuß breit, und es sei anfänglich auch beabsichtigt, sie in dieser Breite bis zur Weser durchzuführen. Im Bericht sei nicht genug Gewicht darauf gelegt, wieviel Egestorff abtrete; ferner, daß die Weserstraße 24 Fuß breit würde, und endlich, daß ein Löschplatz am ganzen Deich entlang bis nach der Stadt angelegt werden könnte. Uebrigens sei der Verkehr doch jetzt an der Deichstraße nicht so bedeutend, denn die meisten Löschungen geschehen für Egestorff's Rechnung. Für die Strecke von Frefse bis nach Ofenbrück's Grundstück werde sich eine Einigung leicht erreichen lassen, wie dieses auch die Deputation sage: es leide keinen Zweifel, daß von Seiten dieser Deichinteressenten „die Fortführung des Osterdeichs bis zur Weserstraße auf keine erhebliche Schwierigkeiten stoßen werde, da sich der Widerspruch der Anwohnerin Bartels und sonstige billige Wünsche eines Anwohners in der Nähe der Weserstraße wohl beseitigen lassen werden.“ Was die Fortsetzung des Osterdeichs nach unten zu angehe, so habe Herr Rutenberg Bedingungen gestellt, worauf die Deputation nicht eingehen könne. Allein derselbe werde auch wohl einsehen, daß er nur, so lange die Sache oben nicht zu Stande gekommen sei, seine Bedingungen so stellen könne. Würde das frühere Abkommen von Schröder und Ofenbrück in Kraft treten, dann würde Herr Rutenberg schon zulangem. Als ein geschickter Geschäftsmann werde derselbe gewiß seine Baupläge verworthen wollen. Er stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft dankt der Deputation für den erstatteten Bericht. Sie ersieht aus demselben, daß im Wesentlichen die Ausführung der Anlage des Osterdeichs von Frefse bis Ofenbrück lediglich durch die Anforderungen von Egestorff vereitelt wurde. Da jedoch zwei Anwohner bereit sind, in der Weise zu interveniren, daß die bisherigen Differenzpunkte dadurch ausgeglichen werden, so wünscht die Bürgerschaft, daß die Deputation auf dieser Grundlage die Unterhandlungen zum Abschluß bringe, zumal in diesem Falle die Möglichkeit der Weiterführung des Osterdeichs bis Wätjen Erbe erheblich näher gerückt würde.

Dagegen erachtet die Bürgerschaft nicht für erforderlich, daß die Verbreiterung der Deichstraße bis zu 30 Fuß zu einer unumgänglichen Bedingung der Anlage gemacht werde. Für den Verkehr am Ufer, der bisher nur durch die Deichstraße vermittelt werden konnte, kann auch die 24 Fuß breite Weserstraße bis

zum neuen Deiche verlängert werden. Zudem wird nach Vollendung des Osterdeichs der Verkehr sich mehr längs des Stromes bis zur Holzspforte bewegen. Auch ist die Deichstraße jetzt nur auf einer kurzen Strecke, an Egestorff's Hause, in Folge einer Abschragung um einige Fuß breiter, während bei der Fortführung der Deichstraße die neue Mündung am Deich durch einen Radius noch erheblich breiter, wie der jetzige Ausgang werden würde.

Was die Fortführung des Deichs von Frefse bis zur Weserstraße betrifft, so wünscht die Bürgerschaft, daß auch in Bezug hierauf die Deputation die Unterhandlungen möglichst beschleunige, damit die Fortführung und Vollendung der Anlage, im Interesse der Sicherheit der Vorstadt und der Verbesserung der Communication nicht unnötig verzögert werde.

Herr Holler: Der Bericht der Deputation lege die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende klar vor. Nur Eines sei ihm unklar geblieben, wie nämlich die Deputation habe veranlaßt werden können, zu dem Schlußvorschlag zu kommen, die Sache nunmehr ruhen zu lassen, da alle Anforderungen der Deputation wenn auch nicht direct durch Egestorff, doch durch die Dazwischenkunft anderer Anwohner erfüllt werden. Der einzige Differenzpunkt sei in Betreff der Deichstraße. Früher sei diese Bedingung nicht gestellt, im Princip sei es nach der Bauordnung nicht richtig, allein die Deputation dürfe doch darum nicht so weit gehen, daß man einen anliegenden Eigentümer zwingen wolle, die 8 Fuß zu den 22 Fuß herzugeben. Alle anderen Bedingungen waren erfüllt. Ferner möchte er fragen, ist es im öffentlichen Interesse, daß der Osterdeich fortgeführt wird? Diese Frage müsse man bejahen. Man könnte in Zweifel ziehen, ob es nicht besser wäre, das ganze Werk einheitlich durchzuführen, allein auch von einer solchen Ansicht sei die Bürgerschaft abgewichen, indem sie den Vertrag mit den Herren Ofenbrück und Schröder genehmigte. Jetzt sage der Bericht, daß oberhalb die Sache zu Stande zu bringen sei; unterhalb bleiben noch die Erben von Rutenberg, Geißler Wwe. und Dreher, da sei denn allerdings nach dem Gutachten des Vaudirector Brockmann auch noch Gefahr für den Deich. Um nun Klarheit über diese Dinge der Bürgerschaft zu verschaffen, beantrage er:

die Niederlegung einer Commission von fünf Mitgliedern, welche die von der Deputation vorgelegten Berichte prüfe und eine Antwort bei dem Senat in Vorschlag bringe.

Herr Richter Klugkist: Das Project der Fortführung des Osterdeichs sei überwiegend im Interesse der Anwohner. Das Interesse des Staats und des Publikums bestehe dabei darin, daß eine directe Verbindung und eine breite hübsche Straße vom Altenwall nach dem Pünkendeich gelegt werde. Die Wassergefahr sei jetzt, nachdem der Deich bei seiner gefährlichsten Stelle bedeutend verstärkt, auch sonst alles Mögliche geschehen sei, kaum der Rede werth. Diese Rücksicht könne also für den Staat nicht leitend sein. Die Annehmlichkeit für das Publikum bestehe vorzugsweise für die An-

lieger. Nun ging die Absicht von Senat und Bürgerschaft, als sie eine Deputation niedersetzten, dahin, vornehmlich eine Vereinbarung mit den Einzelnen zu erleichtern, dadurch, daß eine Behörde da sei, an die man sich wenden könne, um die Interessen auszugleichen, Ordnung und Plan in die Sache zu bringen. In diesem Sinne sei die Deputation auch thätig gewesen. Nun ergebe sich aber, daß die Anlieger anderer Ansicht seien. Diese meinen, das sei nun eine Gelegenheit, wo man einmal recht in den Staatsbeutel greifen müsse; das, was zu ihrem eignen Besten diene, wollen sie noch ausbeuten. Derartige Bestrebungen zu begünstigen hielt die Deputation nicht für ihre Aufgabe. Je mehr nachgegeben und vermittelt wurde, wurde das Ziel in die Ferne gerückt. Die Anlieger müssen erst zu der Einsicht kommen, daß sie diejenigen seien, welche das Meiste bei der Sache gewinnen. Die Annehmlichkeit für das Publikum liege auch auf der Hand, allein wie viel könne der Staat für eine solche secundäre Annehmlichkeit aufwenden? Die Summe sei gar nicht zu begrenzen. Wenn der Staat so verfare, wie bisher, thue er Alles, was er könne. Sei die Sache, wie es nach den öffentlichen Blättern scheinen könnte, so sehr im Interesse vieler Anwohner, so sollte man denken, daß sie etwas zu dem Zustandekommen des Projectes thun würden. Das sei aber noch nicht geschehen, abgesehen von einigen Artikeln in den öffentlichen Blättern. Allerdings seien die Herren Bredehorst und Osenbrück bemüht gewesen, die obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Sache liege sehr verworren, und wenn die Bürgerschaft der Deputation das von Herrn Erdmann beantragte Commissorium geben wollte, so würden sich die Ansprüche der Anwohner noch bei Weitem vermehren, und es würde mithin noch weit schwieriger werden, zu einem guten Resultate zu kommen. Erklären sich dagegen Rath und Bürgerschaft mit der Ansicht der Deputation einverstanden, die Forderungen und Anträge an sich kommen zu lassen, und wenn sich ein vernünftiger Ausweg biete, vermitteln einzutreten, dann würde sich noch am ehesten das Ziel erreichen lassen. Sein Antrag gehe dahin:

Die Deputation erklärt sich mit den in dem Deputationsberichte geäußerten Ansichten einverstanden, und erwartet, sofern sich der Deputation etwa wieder Gelegenheit dazu bieten sollte, einen weiteren Bericht derselben, indem sie hofft, daß eine bessere Einsicht der beteiligten Anlieger eine Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten bald anbahnen werde.

Herr Johs. Köfing: Er würde es bedauern, wenn die Bürgerschaft auf den Deputationsantrag einginge, denn dann würde die nicht unwichtige Sache lange Zeit liegen bleiben. Ueber 250 Anwohner haben sich kürzlich in dieser Sache an den Senat gewandt, nicht um den Staat, wie Herr Richter Klugfist meine, zu forciren, sondern im allgemeinen Interesse die Sache zu fördern. Sie seien abschlägig beschieden worden, und jetzt sei eine neue Eingabe im Werk. Er hätte gern gesehen, wenn diese Eingabe auch an die Bürgerschaft gekommen wäre, um die darin angegebenen Gründe kennen zu lernen. Uebrigens sei die Wassergefahr doch nicht gering anzuschlagen. Man habe die Erfahrung bereits zu öfteren Malen gemacht, was das Element vermöge, wenn es einher-

tobe und Deiche und Land mit sich fortreibe. Jährlich werden große Summen an die Straßen in der Stadt gewendet, und hier, wo es sich darum handle, eine größere Communication zu schaffen, sollte man nicht auch etwas weiter gehen können? Er bitte zu bedenken, wie die Vorstadt in jener Gegend durch einen Deichbruch zu Grunde gerichtet werden könnte. Herr Rutenberg wolle bauen, er könne aber nicht eher zu etwas kommen, als bis er wisse, wie sich die Sache gestalte. Warum können nicht erst die Verhandlungen mit diesem Herrn beendet werden? dann können die übrigen folgen. Er sei für den Antrag des Herrn Erdmann, event. für den Antrag des Herrn Holler.

Herr Ruyter: Die Bürgerschaft könne der Deputation für ihren Bericht nur dankbar sein. Die Deputation wünsche gewiß eben so gut wie die Bürgerschaft, daß diese schöne Anlage gefördert werde, allein nicht um jeden Preis. Der Staat habe auch sein Interesse hierbei zu wahren und die Deputation scheine ihm in dieser Beziehung durchaus auf dem richtigen Wege zu sein. Nicht genug Gewicht dürfe darauf gelegt werden, daß der Staat ein Eigenthumsrecht auf die Ufer behalte. Nun sei die Deputation in ihrer Bereitwilligkeit zum Abschluß zu kommen, sogar schon so weit gegangen, daß sie einem Anwohner das Vorland, ganz gegen die früheren Wünsche der Bürgerschaft, zu überlassen bereit gewesen sei. Durch Annahme des Antrags des Herrn Erdmann würde die Bürgerschaft gewissermaßen in die Verhandlungen eingreifen und sei es eine alte Regel, schwebende Verhandlungen nicht zu stören. Besser also, die Bürgerschaft nehme den Antrag des Herrn Richter Klugfist an. Von mehreren Seiten sei bemerkt, daß die Gefahren wegen des Deichbruches weit größer seien, als der Bericht sage; allein die Bürgerschaft müsse dem Berichte mehr Glauben schenken, als den Äußerungen Einzelner; angenommen aber auch, verschiedene Stellen des Deiches bedürften einer Reparatur, so sei das kein Grund für einen nachtheiligen Vertrag mit einem Anwohner, welcher obnehin große Vortheile von der Anlage habe. Sei eine Verstärkung der Deiche nothwendig, so müssen die Anwohner zu den Kosten seitens der Behörde herangezogen werden.

Herr Richter Meyer stimmte der zuletzt geäußerten Ansicht des Vorredners völlig bei. Seien die Deiche in einem schlechten Zustande, so gehöre das an die Deichbehörde, oder an die Deputation zur Abwendung von Wassergefahren, nicht aber an diese Deputation, welche lediglich dazu niedergesetzt sei, um ein Abkommen mit den Anwohnern des Osterdeiches zu treffen. Wenn nun die Deputation sage, sowohl daß, mit Herrn Egestorff nicht auseinander zu kommen sei, als auch daß, wenn diese Schwierigkeiten beseitigt wären, die weiter stromabwärts belegenen Eigenthümer Rutenberg, Geisler Wwe. und Dreyer erhebliche Anforderungen stellen werden, dann scheine es ihm nicht gerathen an der Sache zu rütteln. Man könne doch nur wünschen, daß die Deputation zuerst mit den unterhalb gelegenen Eigenthümern fertig werde, denn wenn selbst die Verhandlung mit Egestorff geordnet würde, so erhielten die dazwischen gelegenen Grundigenthümer Gelegenheit den Staat sich kommen zu lassen und exorbitante Bedingungen zu stellen. In diese Lage würde der Antrag des Herrn

Ordemann den Staat versehen. Er unterstütze den Antrag des Herrn Richter Klugfist.

Herr Nolze beantragte

Schluß der Verhandlung.

Herr Dr. Schumacher wünschte noch einen Antrag zu stellen.

Herr Ordemann bat darum, den Schluß noch nicht zu belieben.

Herr Dr. Schumacher stellte folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft hat aus dem Berichte mit Bedauern ersehen, daß die Herstellung des Oesterdeiches große Schwierigkeiten bietet.

Sie erkennt es ebenfalls für wünschenswerth, daß der Zugang zu demselben mittelst der Deichstraße eine Breite von mindestens 30 Fuß erhalte, ist aber keineswegs der Ansicht, daß das Zustandekommen der Verlängerung des Oesterdeichs gänzlich unterbleiben müsse, wenn diese Verbreiterung nicht erreichbar sein sollte.

Sie ersucht daher die Deputation, die Verhandlungen behufs Ausführung der projectirten Anlage fortzusetzen und über das Resultat derselben weiter zu berichten.

Herr Dr. Pavenstedt beantragte

den Gegenstand für heute auszusprechen,

indem noch verschiedene Mittheilungen in dieser Sache an Senat und Bürgerschaft gelangen werden.

Der Antrag auf Schluß wurde abgelehnt.

Herr Präsident beschränkte nunmehr die Discussion auf den Antrag des Herrn Dr. Pavenstedt.

Herr Dr. Pavenstedt bemerkte zur Rechtfertigung seines Antrags: Es ständen verschiedene Interessenten, die im Berichte erwähnt, eben jetzt im Begriff, dem Senate und möglicherweise auch der Bürgerschaft gleichzeitig Mittheilungen zu machen. Gestern oder heute sei anderweitig eine Supplik wegen der Wassergefahr eingereicht. Diese beiden Vorstellungen würden heute nicht berücksichtigt werden können. Die Annahme des Deputationsantrags habe keine Eile, wenn es bloß der Zweck sei die Sache bis auf Weiteres zu vertagen; solle es aber ein reines Manöver sein, Einzelne zur Nachgiebigkeit zu bringen, so sei es nicht gerechtfertigt für die Bürgerschaft, sich darauf einzulassen.

Herr Helmken beantragte

einen Ordnungsruf gegen den Redner: die Deputation mache keine Manöver.

Herr Präsident: Er könne in diesem Ausdruck nichts Beleidigendes finden.

Der Antrag des Herrn Dr. Pavenstedt wurde abgelehnt und die Verhandlung fortgesetzt.

Herr Richter Nolteius beantwortete den Antrag des Herrn Richter Klugfist. Er wisse nicht, wie die Bürgerschaft zu Beschlüssen wie die von Herrn Ordemann oder Herrn Holler beantragten kommen sollte. Nachdem sie mit den Unterhandlungen über diese Frage eine Deputation beauftragt und diese einen ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlung vorgelegt, nachdem ferner aus diesem Bericht klar hervorgegangen sei, daß sie von dem lebhaften Wunsch befeelt war, die Sache zum Schluß zu bringen und ihr Bestreben nur an dem unmotivirten Widerstand Einzelner gescheitert sei, so scheine es durchaus keine angemessene Maßregel, die Bevollmächtigten zu binden und ihnen zu sagen, „macht daß Ihr vortheilhaftere Bedingungen erlangt.“ Er werde wenig Gewicht darauf legen, wenn es sich hier nur darum handelte, ob der Staat ein paar 1000 \mathcal{R} mehr oder weniger ausgeben solle, allein hundertfältig habe man erfahren, wie wichtig es bei dem zunehmenden Verkehr und bei dem künftigen Anbau dieser Stadttheile für den Staat sei, die Ufer in seiner Hand zu haben. Stücke, welcher der Staat früher beseßen habe und die nach der französischen Zeit verkauft worden seien, habe man mit großen Opfern wieder erwerben müssen; andere Strecken habe man gar nicht wiederbekommen können. Wenn die Deputation geglaubt habe, in einem Falle nachgeben zu müssen, so wolle er sich bescheiden, allein dergleichen Nachgiebigkeiten fallen ihm viel schwerer, als wenn etwas mehr Geld ausgegeben werden solle. Er empfehle daher den Antrag des Herrn Richter Klugfist und warne, sich nicht durch Privatinteressen oder durch besondere Rücksichten auf Einzelne bestimmen zu lassen.

Herr Helmken: Die Deputation sei bei ihren Verhandlungen allein davon ausgegangen, das Staatsinteresse zu wahren. Sie habe selbst noch in etwas ihr Commissorium überschritten, indem die Bürgerschaft ausdrücklich sagte: haltet das Vorland fest! Die Deputation habe sich aber überzeugt, daß bei Eggestorff die Verhältnisse etwas anders liegen, namentlich, da derselbe das Vorland zu seinem Geschäft nöthig habe. Darum habe die Deputation geglaubt, ihm dieses vorläufig zu gestehen zu müssen, sie wolle aber einen reellen Zugang. Rechts sei ein öffentlicher Ausladeplatz, links Eggestorff's Privatkaai. Es wäre nun zu verlangen, daß nach einem Privatkaai auch ein Privatweg führe. Auch davon habe die Deputation Abstand genommen, sie habe nur eine Beihilfe zu einem öffentlichen Wege verlangt, um denselben in eine dem Verkehr entsprechenden Breite zu bringen. Was die Mittheilung des Herrn Ordemann angehe, daß die Herren Osenbrück und Schröder ihre Beiträge nicht erniedrigt haben, so finde sich dieses schon im Bericht bestätigt. Sie haben 2600 \mathcal{R} Beitrag versprochen, wollen nun aber jetzt für ihren Antheil 1850 \mathcal{R} zahlen und das Uebrige zu dem Beitrag für Eggestorff's Antheil verwenden, so daß die Differenz nur 150 \mathcal{R} betrage. Diese Proposition habe die Deputation gern angenommen. Die Deputation hätte, wie gesagt, nicht nöthig gehabt, sich weitläufig über die Sache auszulassen, wenn nicht gerade Leute, welche ein besonderes Interesse an der Sache haben, die viel vom Staat haben, aber wenig ihm dafür geben wollten, fortwährend in den öffentlichen Blättern agitirt hätten. Die Herren haben sich nun zu entscheiden. Glauben sie, daß die Deputation die Staatsinteressen gewahrt

habe, so müssen sie den Antrag des Herrn Richter Klugliff annehmen, wodurch die Deputation Sicherheit und Halt auch für fernere Verhandlungen bekomme. Die Deputation wolle gern weitere Anträge der Betheiligten entgegen nehmen, sie müssen aber auch nur annehmbar sein.

Herr Dr. Alex. Schumacher: In sofern, als die Bürgerschaft nicht daran denken dürfe, durch Anträge, wie die des Herrn Ordemann, die Ansprüche der Betheiligten noch zu steigern, würde sich der Antrag des Herrn Richter Klugliff zur Annahme empfehlen. Er müsse indessen doch noch in dieser Beziehung einige Bedenken äußern. Vor mehreren Jahren sei es durch wiederholte Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft festgestellt worden, daß die Anlage sowohl im Interesse des Schutzes jenes Stadttheils vor Hochwasser, als im Interesse der Regelung des Stromabflusses und endlich in derjenigen der Communication sehr wünschenswerth sei. Zur Ausführung dieser Beschlüsse seien wiederholt nicht unerhebliche Gelder bewilligt. Nun werde in dem Bericht als Hauptschwierigkeit hervorgehoben, daß die Verbreiterung der Deichstraße nicht zu erlangen war, dieselbe aber eine so große Bedeutung habe, daß davon die Ausführung des ganzen Werks abhängig gemacht werden müsse. Die Bürgerschaft müsse sich nun darüber erklären, ob sie diese Ansicht theile. Er vermöge es nicht, wünschenswerth möge diese Verlängerung sein, sie sei aber eine Nebensache. In nächster Nähe laufe parallel die Weserstraße; im Bericht sei nun gesagt, die Sache laufe auf eine Verengung der Deichstraße hinaus. Da nämlich, wo diese Straße auf den Deich münde, biege sie sich links etwas nach oben hin aus. Diesen Theil solle der Staat abtreten, dagegen würde seitens Eggestorffs von einem Keilstück, welches vor der Ausmündung der Weserstraße auf den Deich liege, ein zwei- oder dreifach größeres Stück zurückgegeben und durch diesen Austausch würde die Fortführung der Weserstraße in ihrer durchgängigen Breite bis zum Deiche möglich gemacht. Diese beiden Straßen würden den Verkehr wohl bewältigen. Außerdem seien die vor der Deichstraße gelegenen Straßen auch schmal, die Kreuzstraße, die Bleicherstraße seien durchgängig nicht viel breiter als 22 Fuß, die Mühlenstraße, welche den Hauptzugang zur Weserstraße bilde, sei nicht mehr als 16 bis 18 Fuß. Mit der Herstellung des Deichs würde durch die Vermittlung der Bleicherstraße an Wätjen's Grundstück hin, ein vortrefflicher Zugang geschaffen. Einen weiteren Zugang könnte die schöne und breite Mozartstraße, in gerader Richtung nach dem Deich verlängert, bilden. Jedoch dürfte dies nur unter großen Kosten zu bewerkstelligen sein.

Herr Ordemann: Er habe sich bei seinem Antrag genau an den Inhalt des Berichts gehalten. Wenn bemerkt worden sei, daß die Anwohner eine bessere Einsicht zeigen sollten und daß sie selbst mit Anträgen kommen müßten, damit der Staat nicht zu große Opfer zu bringen habe, so sei er damit einverstanden. Allein es sei eigentlich nur noch der eine Punkt mit Eggestorff, welcher Schwierigkeiten bereite. Halte nun die Bürgerschaft dafür, daß die Sache ihr noch nicht klar genug vorliege, so möchte er dringend bitten, sie wenigstens nicht ruben zu lassen. Wollte man den Antrag des Herrn Richter Klugliff annehmen, dann könne man eben so gut auch die Deputation auflösen und warten, bis die An-

1860.

wohner sich an die Baudeputation oder an den Senat wenden. In diesem Falle empfehle er lieber den Antrag des Hrn. Goller anzunehmen. Es existiren viele Acten in dieser Sache. Die Deputation citire frühere Verhandlungen, daher würde die Commission der Bürgerschaft in dieser Beziehung ein klares Bild verschaffen können.

Herr Buff warf einen Blick auf die früheren Verhandlungen in dieser Sache. Früher habe die Baudeputation viele Verhandlungen darüber gepflogen. Leider müsse man jetzt sehen, daß die damaligen Schwierigkeiten sich nicht gemindert haben. Es liege der Deputation gewiß ob, das Interesse, beziehungsweise die Leistungen des Staats mit dem Nutzen der Anwohner genau zu vergleichen, gerecht zu sein, aber auch nichts aus der Hand zu geben, wobei mit Recht Leistungen der Anwohner erwartet werden können. Es sei nun davon die Rede, daß die Deichstraße wohl in einer Breite von 20 Fuß durchgeführt werden könnte. Das möge sein, er glaube wenigstens, daß die Breite von 30 Fuß nur als eine Art Gegenleistung von Eggestorff zu betrachten sei, welchem viel eingeräumt werde und dem, wie es scheine, die Deputation auch das einzuräumen gesonnen sei, was die Bürgerschaft im December 1858 ablehnte: die Anlage der Rampe, das Vorland u. s. w. Die Bürgerschaft thue nun gewiß wohl, die Deputation vollständig zu unterstützen. Es sei hervorgehoben, daß die Bürgerschaft darauf dringen müsse, die Verhandlungen weiter zu führen. Herr Ordemann habe nun einen Antrag gestellt, welcher so sehr auf Details eingehe, daß es gefährlich wäre, ihn zu acceptiren, indem die Einzelheiten doch nur der Deputation recht bekannt sein können und diese allein ein Urtheil darüber habe. Es sei auf die Wassergefahr für die Osterthorsvorstadt hingewiesen. Er halte die Gefahr für nicht so dringend; zwar habe Bau director Brockmann auch darauf hingewiesen, allein die Deputation hob sie vielleicht in ihrem Bericht damals so stark hervor im Hinblick auf die Möglichkeit, daß sich die Bürgerschaft dadurch bestimmen lasse, den Vertrag mit Eggestorff gut zu heißen. So wie damals, liege die Sache wohl noch jetzt. Was die Petition von Bewohnern der Osterthorsvorstadt angehe, so müsse er gestehen, daß er nicht viel Werth darauf lege. Es sei möglich, daß diese Petition ebenfalls ein Mandat der Betheiligten gewesen sei. (Er gebrauche den Ausdruck nur, weil man sich vorhin desselben bedient habe.) Die Petition sei durch einen Lohndiener colportirt worden, auch da, wo die Männer abwesend waren, und habe man in diesem Falle die Frau veranlaßt, den Namen darunter zu setzen. (Geiterkeit.) Diese Art und Weise möge sonst gerechtfertigt sein, nur erhöhe sie nicht den Werth einer Petition. Er erkläre sich für den Antrag des Herrn Richter Klugliff.

Herr Kösing beantragte:

Schluß der Verhandlung.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Deputation abgelehnt, der des Herrn Ordemann ebenfalls, der Antrag des Herrn Richter Klugliff wurde angenommen und erledigte sich damit der Antrag des Herrn Dr. Schumacher von selbst.

Nr. 4 der Tagesordnung

Mittheilung des Senats vom 17. u. 29. Oct. d. J.

Revision der Gewerbeordnung.

Herr Präsident: Das Bürgeramt habe diesen Gegenstand der Geschäftsordnung gemäß auf die Tagesordnung gesetzt, er halte aber dafür, daß es zweckmäßig, ja nothwendig sei, diese hochwichtige Angelegenheit in einer ausschließlich für dieselbe bestimmten Sitzung zur Verhandlung zu bringen, damit ein Jeder mit voller ungestörter Ruhe dem Gegenstande sich widmen könne. Das Bürgeramt beantrage daher, für heute den Gegenstand auszusetzen, ertheile aber dabei die Zusicherung, daß es baldigst eine eigene Sitzung zur Verhandlung der Sache anberaumen werde.

Die Aussetzung wurde angenommen:

b. Bericht der Deputation für die Accise u. s. w., Wohnungs- vergütung für den Steuerinspector betreffend.

Herr Dunze bevortwortete den Antrag der Deputation, welcher

von der Bürgerschaft angenommen wurde.

Nr. 5 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 19. October d. J.

a. Bericht der Baudeputation, betreffend Nachbewilligung.

Herr Dr. Friedr. Meier als Mitglied der Deputation: Zu gewöhnlichen Zeiten konnte die Deputation mit 3000 Rth zum Zweck der Regulirung der Baulinien und Ankäufen von Ausluchten ausreichen, es sei indeß in diesem Jahre besonders viel gebaut und es bot sich daher in erhöhtem Maße

die Gelegenheit, auf die Begräumung derartiger Verkehrs- hindernisse Bedacht zu nehmen. Er hebe aus dem Register von diesem Jahre Einiges in dieser Beziehung hervor:

Angekaufte Ausluchten, Vorbauten, Straßenplätze etc.

1860.			
Januar 1	D. W. Rüd.	Ausluchten etc. a. d. Wachtstraße 6	800 Rth
Mai 14	J. F. Pralle,	do. Langenstraße 96	120 "
	D. C. Rutenberg,	Vorbau d. Meinkenstr.	460 "
April 7	W. V. Dannemann,	" d. Töferbohmstr.	150 "
" 20	F. A. Refag,	Auslucht, Breedenstraße	75 "
" 7	M. H. Röncken,	Kellerhals, Oberrstraße	200 "
Oct. 27	J. C. E. Fuchs,	Auslucht, Bischofenadel	100 "

Die Nachbewilligung wurde ausgesprochen.

b. Bericht der Finanzdeputation, betreffend Vermehrung der Silbermünzen.

Herr Ruyter: Die Bürgerschaft werde bei diesem Bericht wohl nichts zu erinnern haben, die Klagen über den Mangel an Scheidemünzen werden noch fortwährend laut und der Staat könne in dieser Beziehung um so eher etwas thun, als er bei der Münzung keinen Schaden, sondern Vortheil habe. Die Zwölfgrotenstücke werden wohl eher bleiben, als die Gulden. Vorläufig sollen 50,000 Rth in Zwölfgrotenstücken ausgeprägt werden, sollte sich aber später weiterer Bedarf zeigen, so könnte man mit der Prägung fortfahren.

Der Deputationsantrag wurde genehmigt.

Es wurden nun die Verhandlungen abgebrochen und nach Verlesung und Genehmigung der Beschlüsse, die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen.